

Art. 5. In artikel 10 van hetzelfde decreet wordt de tabel door de volgende tabel vervangen :

Autonome hogeschool	542.000,00 EUR
Belgisch Radio- en Televisiecentrum	6.296.000,00 EUR
Dienst voor de personen met een handicap	11.117.000,00 EUR
Dienst voor arbeidsbemiddeling	5.867.000,00 EUR
Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand	3.487.000,00 EUR
Sociaal-Economische Raad	296.000,00 EUR
Kaleido-DG	271.000,00 EUR

Art. 6. In hetzelfde decreet wordt een artikel 10.2. ingevoegd, luidende :

« Art. 10.2. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap wordt ertoe gemachtigd alle bestaande en zich in terugbetaling bevindende alternatieve financieringen, met inbegrip van alle eventuele kosten, te herfinancieren. »

Art. 7. Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2014.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 11 december 2014.

O. PAASCH,

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS,

De Vice-minister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS,

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2014-2015.

Parlementaire stukken : 5-2-HH2014 (2014-2015), nr. 1. Ontwerp van decreet.

5-2-HH2014 (2014-2015), nr. 2. Verslag van het Rekenhof.

5-2-HH2014 (2014-2015), nr. 3. Voorstellen tot wijziging.

5-2-HH2014 (2014-2015), nr. 4. Verslag.

Integraal verslag : 8, 9 en 11 december 2014. Bespreking en aanneming, nrs. 7-9.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2015/200232]

13. NOVEMBER 2014 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988, Artikel 94 § 1 Absätze 1 und 4, Artikel 95 § 1 Absatz 3 und Artikel 96 § 2;

Aufgrund des Dekrets des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 9. April 2014;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 17. April 2014;

Aufgrund der am 22. Mai 2014 erfolgten Beratung mit dem föderalen Beschäftigungsminister in Anwendung von Artikel 6 § 3bis Nummer 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 56.653/2 des Staatsrates, das am 8. Oktober 2014 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 1 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern (BVA) bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 14. Dezember 2000, 21. Dezember 2006 und 14. Mai 2009, wird die Nummer 2 wie folgt ersetzt:

«2. "die Verwaltung": der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;».

Art. 2 - Artikel 2 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 14. Dezember 2000, 20. Dezember 2001 und 14. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. der jetzige Wortlaut der Absätze 1 und 2 bildet § 1;
2. die Absätze 3 bis 8 werden durch den folgenden § 2 ersetzt:

«§ 2 - Die genehmigte Jahresprämie für die Beschäftigung eines BVA kann für die Weiterbeschäftigung des BVA bei einem anderen in § 1 erwähnten Arbeitgeber von diesem übernommen werden, insofern das Projektziel, in dem der BVA weiterbeschäftigt wird, und die Aufgaben des BVA bei dem neuen Arbeitgeber mit den bisherigen vergleichbar sind.

Der aktuelle Arbeitgeber teilt dem Minister mindestens dreißig Tage vor der geplanten Übergabe schriftlich mit, dass er beabsichtigt, den BVA an einen anderen Arbeitgeber abzutreten. In diesem Schreiben erklärt er ausdrücklich, dass er auf die genehmigte Jahresprämie zugunsten des künftigen Arbeitgebers verzichtet. Gleichzeitig fügt er diesem Schreiben eine Erklärung des künftigen Arbeitgebers bei, in der dieser sich zur Beibehaltung der sozialen Vorteile, der Kündigungsfrist, des Gehaltes und des Dienstalters, die dem BVA bei dem vorherigen Arbeitgeber zustanden, verpflichtet. Insofern die arbeits- und sozialrechtlichen Vorteile des neuen Arbeitgebers vorteilhafter sind als die des ursprünglichen Arbeitgebers, verpflichtet sich der neue Arbeitgeber diese ebenfalls dem übernommenen BVA zu gewähren.

Binnen 30 Tagen nach Erhalt des erwähnten Schreibens und der Erklärung entscheidet der Minister, ob und unter welchen Bedingungen die genehmigte Jahresprämie für die Weiterbeschäftigung auf den künftigen Arbeitgeber übertragen werden kann.

Der in Artikel 5 § 3 Absatz 2 erwähnte Zeitraum von 60 Monaten wird weiterhin ab dem Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme bei dem ursprünglichen Arbeitgeber berechnet.»

Art. 3 - Artikel 4 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird um folgende Nummer 9 ergänzt:

«9. die ehemaligen unbeschäftigten Grenzgänger gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die beim Arbeitsamt als arbeitsuchend eingetragen sind.»;

2. folgender § 1bis wird eingefügt:

«§ 1bis - Der unbeschäftigte Arbeitsuchende, der gemäß Artikel 96 des Königlichen Erlasses von der Verpflichtung als Arbeitsuchender einzutragen befreit ist, kann ebenfalls eine Stelle als BVA besetzen.»;

3. in § 4 wird nach dem Betrag "€ 2.500" die Wortfolge "(Zuschusskategorie A)" eingefügt.

Art. 4 - Artikel 5 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2000 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 20. Dezember 2001, 21. Dezember 2006 und 2. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 wird nach dem Betrag "€ 6.197,34" die Wortfolge "(Zuschusskategorie B1)" eingefügt;
2. in § 2 wird nach dem Betrag "€ 11.155,21" die Wortfolge "(Zuschusskategorie B2)" eingefügt;
3. in § 3 wird nach dem Betrag "€ 18.592,01" die Wortfolge "(Zuschusskategorie B3)" eingefügt;
4. in § 4 wird nach dem Betrag "€ 21.070,95" die Wortfolge "(Zuschusskategorie C)" eingefügt;
5. § 9 wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

«Für die in Artikel 4 § 1bis erwähnten Arbeitsuchenden ist der Arbeitgeber von der in Absatz 1 genannten Verpflichtung, eine Originalbescheinigung vom Arbeitsamt einzureichen, befreit.»

Art. 5 - Artikel 10 der Anlage I desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 werden die Wörter "beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Beschäftigung, Gesundheit und Soziales (BGSO)" durch die Wörter "bei dem für Beschäftigung zuständigen Fachbereich des Ministeriums" ersetzt;

2. in Absatz 3 werden die Wörter "derselben Abteilung" durch die Wörter "desselben Fachbereichs" ersetzt;

3. in Absatz 4 werden die Wörter "beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Beschäftigung, Gesundheit und Soziales" durch die Wörter "bei dem für Beschäftigung zuständigen Fachbereich des Ministeriums" ersetzt.

Art. 6 - Die Anlage II desselben Erlasses wird ersetzt durch den Anhang des vorliegenden Erlasses.

Art. 7 - Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 13. November 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin,
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
Frau I. WEYKMANS

Anhang

Anlage II

Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern (BVA) bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Arbeitsvertrag für Arbeiter/Angestellte (*)**ZWISCHEN**

der öffentlichen Behörde oder dem gleichgestellten Arbeitgeber, erster Unterzeichner und nachstehend "der Arbeitgeber" genannt, einerseits,

.....
 (Name und Adresse der öffentlichen Behörde oder des gleichgestellten Arbeitgebers)
 vertreten durch:

.....
 (Name und Vorname)

UND

.....
 (Name und Vorname)

Anschrift:

Geburtsdatum und -ort:

Nationalität: Geschlecht:

nachstehend "der Arbeitnehmer" genannt, andererseits,

WURDE FOLGENDES VEREINBART :

Artikel 1 - (Name des Arbeitgebers)
 stellt den oben genannten Arbeitnehmer als Arbeiter/Angestellten (*) ein, der einwilligt, das Amt/die Tätigkeit (*)
 eines (Beschreibung)
 im nicht-kommerziellen Bereich auszuüben, in (Ort)
 für eine

unbestimmte Dauer ab dem (*)

bestimmte Dauer vom bis (*)

Artikel 2 - Die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge sind auf den vorliegenden Vertrag anwendbar.

Artikel 3 - Das Gehalt des Arbeitnehmers wird auf EUR pro Stunde/pro Jahr (*) festgelegt.

Das derart festgelegte Gehalt entspricht:

— für die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer der im Erlass vom 11. Mai 1995 in Artikel 2 Absatz 1 1° bis 3°, angeführten Arbeitgeber dem Gehalt eines Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das für dieselbe bzw. die gleiche Funktion gezahlt wird, einschließlich der in den Gehaltstabellen festgelegten Erhöhungen und der Jahresendprämie;

— für die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer der im Erlass vom 11. Mai 1995 in Artikel 2 Absatz 1 4°, 5°, 6° und 7°, angeführten Arbeitgeber dem Gehalt das für dieselbe bzw. die gleiche Funktion in dieser Einrichtung, Vereinigung oder Gesellschaft gezahlt wird.

Artikel 4 - Der Arbeitsvertrag wird für eine Vollzeit/Teilzeitbeschäftigung abgeschlossen (*).

Der Teilzeitarbeitsvertrag wird für das folgende Arbeitsregime abgeschlossen:
 (Stundenproporz oder Prozentsatz relativ zur Vollzeitbeschäftigung)

ARBEITSZEITEN		
Montag	von	bis
Dienstag	von	bis
Mittwoch	von	bis
Donnerstag	von	bis
Freitag	von	bis
Samstag	von	bis
Sonntag	von	bis

Artikel 5 - Was den Jahresurlaub betrifft, findet auf die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer das gleiche System Anwendung, das auf die anderen Arbeitnehmer des Arbeitgebers zutrifft.

Artikel 6 -

.....
 (Hier können die Vertragsparteien zusätzliche Klauseln einfügen, insofern diese nicht gegen das allgemeine Arbeits- und Sozialrecht und nicht gegen die Bestimmungen des oben erwähnten Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 verstoßen.)

Geschehen zu, den

Ausgefertigt in zwei Exemplaren, wobei jede Partei erklärt, ein Exemplar zu besitzen.

Der Arbeitgeber

Der Arbeitnehmer

(*) Unzutreffendes bitte streichen.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern beigefügt zu werden.

Eupen, den 13. November 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin,
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

Frau I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2015/200232]

13 NOVEMBRE 2014. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi-programme du 30 décembre 1988, article 94, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 4, article 95, § 1^{er}, alinéa 3 et article 96, § 2;

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 9 avril 2014;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 17 avril 2014;

Vu la concertation menée le 22 mai 2014 avec le Ministre fédéral de l'Emploi en application de l'article 6, § 3bis, 1^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n^o 56.653/2, donné le 8 octobre 2014, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 14 décembre 2000, 21 décembre 2006 et 14 mai 2009, le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o "l'administration" : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'emploi; ».

Art. 2. A l'article 2 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 14 décembre 2000, 20 décembre 2001 et 14 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les alinéas 1^{er} et 2 actuels deviennent le § 1^{er};

2^o les alinéas 3 à 8 sont remplacés par le § 2, rédigé comme suit :

« § 2. Dans le cadre du maintien en service d'un T.C.S. auprès d'un des autres employeurs mentionnés dans le § 1^{er}, la prime annuelle accordée pour l'engagement d'un T.C.S. peut être reprise par ce nouvel employeur, pour autant que l'objectif du projet pour lequel le T.C.S. est maintenu en service et les tâches qu'il accomplit soient comparables à ceux de son précédent poste.

L'employeur actuel informe le ministre par écrit au moins trente jours à l'avance qu'il envisage de transférer le T.C.S. à un autre employeur. Dans sa lettre, il déclare formellement renoncer à la prime annuelle accordée au profit du futur employeur. En annexe, il joint également une attestation du futur employeur dans laquelle celui-ci déclare s'engager à maintenir les avantages sociaux, le préavis, le traitement et l'ancienneté auxquels le T.C.S. pouvait prétendre auprès de son ancien employeur. Si le nouvel employeur propose de meilleurs avantages liés au droit du travail et au droit social par rapport à l'ancien employeur, il s'engage à les accorder également au T.C.S. transféré.

Dans les trente jours qui suivent la réception de la lettre et de l'attestation susmentionnées, le Ministre décide des conditions du transfert au futur employeur de la prime annuelle accordée pour l'engagement d'un T.C.S. et détermine si celles-ci sont respectées.

La période de 60 mois mentionnée dans l'article 5, § 3, alinéa 2, est calculée à partir de la date d'embauche par le premier employeur.

Art. 3. Dans l'article 4 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est complété par un 9^o, rédigé comme suit :

« 9^o les anciens frontaliers non occupés, au sens du Règlement (CE) n^o 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale, qui sont inscrits comme demandeurs d'emploi. »;

2° il est inséré un § 1^{er}bis, rédigé comme suit :

« § 1^{er}bis. Le demandeur d'emploi non occupé qui, conformément à l'article 96 de l'arrêté royal, est dispensé de l'obligation de s'inscrire comme demandeur d'emploi peut également occuper un emploi en tant que T.C.S. »;

3° le § 4 est complété par les mots "(catégorie de subventionnement A)".

Art. 4. Dans l'article 5 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 14 décembre 2000 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 20 décembre 2001, 21 décembre 2006 et 2 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1^{er}, les mots "(catégorie de subventionnement B1)" sont insérés après le montant "6.197,34 euros";

2° au § 2, les mots "(catégorie de subventionnement B2)" sont insérés après le montant "11.155,21 euros";

3° au § 3, les mots "(catégorie de subventionnement B3)" sont insérés après le montant "18.592,01 euros";

4° au § 4, les mots "(catégorie de subventionnement C)" sont insérés après le montant "21.070,95 euros";

5° le § 9 est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« Pour les demandeurs d'emploi mentionnés à l'article 4, § 1^{er}bis, l'employeur est dispensé de l'obligation mentionnée au premier alinéa, à savoir introduire une attestation originale auprès de l'Office de l'emploi. »

Art. 5. A l'article 10 de l'Annexe I^{er} du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Emploi, Santé et des Affaires sociales (ESAS) »" sont remplacés par les mots "auprès du département du Ministère compétent en matière d'emploi";

2° dans l'alinéa 3, les mots "à la même Division" sont remplacés par les mots "au même département";

3° dans l'alinéa 4, les mots "auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Emploi, Santé et des Affaires sociales (ESAS) »" sont remplacés par les mots "auprès du département du Ministère compétent en matière d'emploi".

Art. 6. L'annexe II du même arrêté est remplacée par l'annexe jointe au présent arrêté.

Art. 7. Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 13 novembre 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,

Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,

Mme I. WEYKMANS

Annexe

Annexe II

Arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone

Contrat de travail d'ouvrier/employé (*)

ENTRE

le pouvoir public ou l'employeur y assimilé, soussigné de première part, ci-après dénommé "l'employeur" :

.....
(Nom et adresse du pouvoir public ou de l'employeur y assimilé)
représenté par :

.....
(Nom et prénom)

ET

.....
(Nom et prénom)

Adresse :

Lieu et date de naissance :

Nationalité : Sexe :

dénommé ci-après "le travailleur", d'autre part,

IL A ETE CONVENU CE QUI SUIT :

Article 1^{er}. (Nom de l'employeur) engage, en qualité d'ouvrier/d'employé (*), le travailleur mentionné ci-dessus qui accepte, pour exercer les fonctions/l'activité (*) de (description) relevant du secteur non marchand à (localité) pour une

durée indéterminée à partir du (*)

durée déterminée du au (*)

Article 2. Les dispositions de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail s'appliquent au présent contrat.

Article 3. La rémunération du travailleur est fixée à euros par heure/par année (*).

La rémunération ainsi fixée est égale :

- pour les travailleurs contractuels occupés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 3^o, de l'arrêté du 11 mai 1995, au traitement dont bénéficie un agent du Ministère de la Communauté germanophone pour une même fonction ou une fonction équivalente, y compris les augmentations barémiques et la prime de fin d'année;
- pour les travailleurs contractuels occupés par les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, 5^o, 6^o et 7^o, de l'arrêté du 11 mai 1995, au traitement payé par cette institution, association ou société pour une même fonction ou une fonction équivalente.

Article 4. Le contrat de travail est conclu à temps plein/partiel (*).

Le contrat de travail à temps partiel est conclu sous le régime suivant :
 (proportion du nombre d'heures ou pourcentage par rapport à un temps plein)

HORAIRE DE TRAVAIL		
Lundi	de :	à :
Mardi	de :	à :
Mercredi	de :	à :
Jeudi	de :	à :
Vendredi	de :	à :
Samedi	de :	à :
Dimanche	de :	à :

Article 5. En matière de vacances annuelles, il est fait application du même régime que celui appliqué aux autres travailleurs de l'employeur.

Article 6.

.....
 (Les parties contractantes peuvent insérer ici des clauses supplémentaires, à condition que celles-ci ne violent pas le droit général du travail et le droit social ni les dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 susmentionné).

Fait à, le

Etabli en deux exemplaires, chacune des parties déclarant en avoir un en sa possession.

L'employeur,

Le travailleur,

(*) biffer la mention inutile.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés.

Eupen, le 13 novembre 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,

Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,

Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2015/200232]

13 NOVEMBER 2014. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de programmawet van 30 december 1988, artikel 94, § 1, eerste en vierde lid, artikel 95, § 1, derde lid, en artikel 96, § 2;

Gelet op het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 9 april 2014;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting d.d. 17 april 2014;

Gelet op het overleg met de federale minister van Werk dat heeft plaatsgevonden op 22 mei 2014, met toepassing van artikel 6, § 3bis, 1^o, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;

Gelet op advies 56.653/2 van de Raad van State, gegeven op 8 oktober 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 14 december 2000, 21 december 2006 en 14 mei 2009, wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt :

« 2° het bestuur : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor werkgelegenheid; ».

Art. 2. In artikel 2 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 14 december 2000, 20 december 2001 en 14 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de huidige bewoordingen van het eerste en het tweede lid worden § 1;

2° het derde tot en met achtste lid wordt vervangen door § 2, luidende :

« § 2. De goedgekeurde jaarpremie voor het aanwerven van contractueel personeel kan overgedragen worden op een andere werkgever vermeld in § 1, voor zover het doel van het project waarvoor de geco voortaan zal werken en de taken die de geco bij de nieuwe werkgever zal krijgen, vergelijkbaar zijn met het tot nu toe beoogde doel en de tot nu toe uitgevoerde taken.

De huidige werkgever deelt de minister ten minste dertig dagen voor de geplande overdracht schriftelijk mee dat hij van plan is om de geco aan een andere werkgever over te dragen. In die brief verklaart hij uitdrukkelijk dat hij afstand doet van de goedgekeurde jaarpremie ten gunste van de toekomstige werkgever. Bij die brief voegt hij een verklaring van de toekomstige werkgever waarin deze zich ertoe verplicht de sociale voordelen, de opzeggingstermijn, de wedde en de dienstanciënniteit waarop de geco bij de vorige werkgever recht had, te behouden. Voor zover de arbeidsrechtelijke en sociaalrechtelijke voordelen van de nieuwe werkgever gunstiger zijn dan die van de oorspronkelijke werkgever, verplicht de nieuwe werkgever zich ertoe die ook voor de overgedragen geco te laten gelden.

Binnen 30 dagen na ontvangst van die brief en van de verklaring beslist de minister of, en onder welke voorwaarden, de goedgekeurde jaarpremie op de toekomstige werkgever kan worden overgedragen.

De periode van 60 maanden vermeld in artikel 5, § 3, tweede lid, wordt verder berekend vanaf het tijdstip van de indienstneming bij de oorspronkelijke werkgever. »

Art. 3. In artikel 4 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 21 december 2006 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende :

« 9° de in de zin van de Verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels voormalige grensarbeiders die werkloos zijn en bij de Dienst voor Arbeidsbemiddeling als werkzoekende zijn ingeschreven. »;

2° er wordt een § 1bis ingevoegd, luidende :

« § 1bis. De werkloze werkzoekende die met toepassing van artikel 96 van het koninklijk besluit vrijgesteld is van de verplichting om zich als werkzoekende te laten inschrijven, komt ook in aanmerking voor een geco-baan. »;

3° in § 4 worden de woorden "euro 2.500" vervangen door de woorden "2.500 euro (toelagecategorie A)".

Art. 4. In artikel 5 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2000 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 20 december 2001, 21 december 2006 en 2 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "euro 6.197,34" vervangen door de woorden "6.197,34 euro toelagecategorie B1)";

2° in § 2 worden de woorden "euro 11.155,21" vervangen door de woorden "11.155,21 euro toelagecategorie B2)";

3° in § 3 worden de woorden "euro 18.592,01" vervangen door de woorden "18.592,01 euro toelagecategorie B3)";

4° in § 4 worden de woorden "euro 21.070,95" vervangen door de woorden "21.070,95 euro (toelagecategorie C)";

5° § 9 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Voor de werkzoekenden vermeld in artikel 4, § 1bis, is de werkgever vrijgesteld van de in het eerste lid vermelde verplichting om een origineel attest van de Dienst voor Arbeidsbemiddeling in te dienen. »

Art. 5. In artikel 10 van bijlage I van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden de woorden "bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling Werkgelegenheid, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden (WGSA)" vervangen door de woorden "bij het departement van het Ministerie dat bevoegd is voor werkgelegenheid";

2° in het derde lid worden de woorden "dezelfde afdeling" vervangen door de woorden "hetzelfde departement";

3° in het vierde lid worden de woorden "bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling Werkgelegenheid, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden" vervangen door de woorden "bij het departement van het Ministerie dat bevoegd is voor werkgelegenheid".

Art. 6. In hetzelfde besluit wordt de bijlage II vervangen door de bijlage gevoegd bij dit besluit.

Art. 7. De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 13 november 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH

De Vice-minister-President,

Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

Mevr. I. WEYKMANS

Bijlage

BIJLAGE II

Besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen (geco's) door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, gewijzigd bij besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Arbeidsovereenkomst voor werklieden/bedienden (*)

TUSSEN

Het openbaar bestuur of de ermee gelijkgestelde werkgever, eerste ondergetekende, hierna 'werkgever' genoemd :

.....
 (Naam en adres van het openbaar bestuur of de ermee gelijkgestelde werkgever)
 vertegenwoordigd door :

(Naam en voornaam)

EN

.....
 (Naam en voornaam)

Adres :

Geboorteplaats en geboortedatum :

Nationaliteit : Geslacht

hierna 'werknemer' genoemd,

IS HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN :

Artikel 1. (Naam van de werkgever) neemt bovenvermelde werknemer - die aanvaardt -in dienst als werkman/bediende (*) om de functie (*) van (beschrijving) in de niet-commerciële sector uit te oefenen te (plaats) voor

een onbepaalde duur vanaf (*)

een bepaalde duur van tot (*)

Artikel 2. De bepalingen van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten zijn van toepassing op deze overeenkomst.

Artikel 3. Het loon van de werknemer is vastgesteld op euro per uur/per jaar (*).

Het aldus vastgesteld loon is gelijk aan :

- voor de gesubsidieerde contractuelen die in dienst worden genomen door de werkgevers vermeld in artikel 2, eerste lid, 1° tot 3°, van het besluit van 11 mei 1995 : de wedde die een ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap voor dezelfde of een gelijkwaardige functie ontvangt, met inbegrip van de weddeschaalverhogingen en de eindejaarspremie;
- voor de gesubsidieerde contractuelen die in dienst worden genomen door de werkgevers vermeld in artikel 2, eerste lid, 4°, 5°, 6° en 7° : de wedde die in deze inrichting, vereniging of maatschappij voor dezelfde of een gelijkwaardige functie betaald wordt.

Artikel 4. De arbeidsovereenkomst wordt voor een voltijdse/deeltijdse (*) betrekking gesloten.

De arbeidsovereenkomst voor deeltijdse arbeid wordt gesloten voor de volgende arbeidsregeling :

..... (verhouding van het aantal uren of percentage in verhouding tot een voltijdse betrekking).

WERKROOSTER		
Maandag	van	tot
Dinsdag	van	tot
Woensdag	van	tot
Donderdag	van	tot
Vrijdag	van	tot
Zaterdag	van	tot
Zondag	van	tot

Artikel 5. Wat de jaarlijkse vakantiedagen betreft, vallen de gesubsidieerde contractuelen onder dezelfde regeling als de andere werknemers van de betrokken werkgever.

Artikel 6.

.....
 (Hier kunnen de partijen aanvullende clausules invoegen die niet indruisen tegen het algemene arbeidsrecht en sociaal recht of tegen het voormelde besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995).

Opgemaakt te op

Opgemaakt in twee exemplaren, waarbij elke partij verklaart over een exemplaar te beschikken.

De werkgever,

De werknemer,

.....
 (*) Schrappen wat niet past.

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers.

Eupen, 13 november 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
O. PAASCH
De Viceminister-President,
Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2015/200286]

11. DEZEMBER 2014 — Erlass der Regierung zur Änderung von Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 2009 zur Festlegung des digitalen RRC-06 Funkfrequenzplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Rundfunk-Frequenzbändern III, IV und V und zur Regelung der Übergangszeit

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen, Artikel 49;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 2009 zur Festlegung des digitalen RRC-06 Funkfrequenzplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Rundfunk-Frequenzbändern III, IV und V und zur Regelung der Übergangszeit, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. Oktober 2011, vom 21. Dezember 2012 und vom 8. Mai 2014;

Auf Vorschlag des Ministers für Medien;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 2009 zur Festlegung des digitalen RRC-06 Funkfrequenzplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Rundfunk-Frequenzbändern III, IV und V und zur Regelung der Übergangszeit, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. Oktober 2011, vom 21. Dezember 2012 und vom 8. Mai 2014, wird die Zahl "2014" durch die Zahl "2015" ersetzt.

Art. 2 - Dieser Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 3 - Der für Medien zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 11. Dezember 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident
O. PAASCH
Die Vize-Ministerpräsidentin,
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
Frau I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2015/200286]

11 DECEMBRE 2014. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 2009 fixant le plan de fréquences numérique RRC-06 de la Communauté germanophone dans les bandes de fréquences III, IV et V et réglant la période transitoire

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, article 49;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 2009 fixant le plan de fréquences numérique RRC-06 de la Communauté germanophone dans les bandes de fréquences III, IV et V et réglant la période transitoire, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 octobre 2011, 21 décembre 2012 et 8 mai 2014;

Sur la proposition du Ministre des Médias;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 2009 fixant le plan de fréquences numérique RRC-06 de la Communauté germanophone dans les bandes de fréquences III, IV et V et réglant la période transitoire, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 2 octobre 2011, 21 décembre 2012 et 8 mai 2014, les mots "Jusqu'au 31 décembre 2014," sont remplacés par les mots "Jusqu'au 31 décembre 2015,".